



# Informationen und Positionen

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Im Internet: [www.linkes-buendnis-dortmund.de](http://www.linkes-buendnis-dortmund.de)  
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709  
Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen - Texte aus dem Internet von Linkes Bündnis Dortmund 10.06

## Sitzung des Rats am 31. August

*Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

### Noch einmal zum Dortmunder "U"

Der Rat hatte schon mehrmals über die unstrittige Erhaltung und die umstrittene Wiedernutzung des Baudenkmals aus der Geschichte der Brauindustrie in Dortmund – das "U" neben dem Hauptbahnhof – beraten. Ratsmitglied Wolfgang Richter hatte sich dazu ebenfalls mehrfach geäußert. Die Verwaltung legte nun einen Beschlussvorschlag vor, der das geplante Museum im "U" mit dem Sanierungsfall Rheinische Straße verbinden sollte. Was sinnvoll erscheint - es war der Vorschlag von "Linkes Bündnis Dortmund" gewesen, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln – wurde hier allerdings nur behauptet und in keiner Weise ausgeführt.

Wortmeldung: Ich beantrage, die Vorlage zu entflechten – die in ihr zusammengeschobenen Vorhaben haben in der vorgelegten Form inhaltlich und methodisch nichts wirklich miteinander zu tun. Allzu offensichtlich geht es der Verwaltungsspitze hier um das Vermischen ihrer aktuellen hochfliegenden Pläne zur Umnutzung des "U" mit dem dringenden, aber auf der langen Bank liegenden sozial-ökonomischen Erneuerungsbedarf im Quartier Rheinische Straße. Es wird doch wohl niemand, so das Kalkül, der Engagement für das Wiedergewinnen des vernachlässigten Quartiers befürwortet, gegen das mit ihm hier verbundene derzeitige Lieblingsprojekt des Herrn Oberbürgermeisters stimmen.

Das eine – das "U" - verlangt nach der Vorlage aktuell schon mal ca. 7,5 Millionen Euro Anschlag, das andere – das leidende Quartier Rheinische Straße - soll mit ca. 700 000 Euro hochgepöppelt werden, weniger als ein Zehntel für die ungleich größere Aufgabe! Die offenkundige Schiefelage spiegelt sehr korrekt die neoliberale Anlage Ihrer Stadtentwicklungskonzeption und –politik wieder, ein weiteres Lehrbuchbeispiel. Dazu habe ich mich mehrfach geäußert, hier verzichte ich auf weitere Ausführungen und komme direkt zum Schluss: Umgekehrt wären die geplanten Ausgaben sozial- und kulturpolitisch und ökonomisch richtiger angelegt!

Ich beantrage also,

- den Punkt 1 der Beschlussvorlage (Allgemeinheiten) zu streichen, - die Punkte 2 bis 4 (zum "U") als eigenen Beschlussvorschlag zu behandeln - und den Punkt 5 (zur Rheinischen Straße) als eigenen Beschlussvorschlag zu behandeln

Und ich beantrage weiterhin,

- die Punkte 2 bis 4 (zum "U") mit ca. 700 000 Euro - und den Punkt 5 (zur Rheinischen Straße) mit ca. 7,5 Millionen Euro auszustatten

Ergebnis: Der Änderungsantrag wurde von den Fraktionen abgelehnt und die Beschlussvorlage der Verwaltung wurde von SPD/Grünen beschlossen, von Linkes Bündnis

Dortmund u.a. abgelehnt.

### Angemessenheit der Kosten für Unterbringung nach SGB II

Der Tagesordnungspunkt wurde erst aufgrund von Anträgen der "Linkspartei.PDS" und des "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" sowie außerparlamentarischer Proteste aufgenommen (und in der TO weit hinten platziert). Die Verwaltungsspitze war der Auffassung gewesen, in dieser Frage reiche eine Mitteilung an den Sozialausschuss. Die Mehrheitsfraktionen SPD und Grüne legten schließlich zur Ratssitzung einen Beschlussantrag vor, der in der Sache auf der Verwaltungsvorlage beruhte und zusätzlich eine Berichtspflicht vorsah. Zur Begründung der Sinnhaftigkeit des zu beschließenden Verfahrens wurde darauf hingewiesen, dass nun "nur noch" ca. 5.000 Fälle (anstatt ca. 11.000) daraufhin geprüft werden würden, ob sie wegen zu hoher Wohnkosten umziehen müssen.

Wortmeldung: Es bedurfte erst des Einsatzes der Linken in der Stadt und im Rat, dass dieses Thema hier verhandelt wird. Das erfüllt mich mit Genugtuung und Achtung vor dem Druck, der von den Betroffenen so entwickelt worden ist, dass die Mehrheitsfraktionen sich beugen mussten, einen Tag vor der Ratssitzung. Das ist nun etwas anderes als der Schweinsgalopp, mit dem der Herr Oberbürgermeister Hartz IV in Dortmund umzusetzen versprochen hatte. Das ist noch kein Umdenken in der Sache!

Zunächst möchte ich betonen, dass ich Achtung habe vor den Bemühungen, eine menschenfreundlichere Anwendung der Regelungen, als sie vorgegeben worden sind, aushandeln und die Verwaltung auf sie verpflichten zu wollen. Jede Anstrengung und Detailarbeit, die das Wohnen von Menschen zu bessern sucht, denen es dreckig geht, verdient Anerkennung. Allerdings bleibt die Frage, was gebessert wird, wenn das Ergebnis weiterhin Zwangsumzug heißt und die Mühen sich darauf beziehen, ihn in weniger Fällen anzuordnen und durchzuführen. Nach Ihrer eigenen Darstellung bleiben ca. 5000 peinlich zu prüfende Fälle.

Wer wie wir radikalen Linken das Wohnen als ein Menschenrecht ansieht und das Grundgesetz in ihren unveränderlichen Artikeln ernst nimmt, der kann das Feilschen um Quadratmeter und Euros nicht ohne Ekel sehen. Als lebte irgendein langzeitarbeitsloser Mensch oder irgendeine Bedarfsgemeinschaft oder irgendein verarmtes Kind in einem gesellschaftlich unerträglichen Luxus. Als wären das Wohnen und die Nachbarschaft für sie nicht ein ausgleichender Teil in dem entbehrenden Leben und dem schwer erträglichen Alltag, als wäre es für sie nicht die oft einzige Möglichkeit, das Ausgeschlossenensein draußen zu kompensieren und auszuhalten.

Als wiese die Geschichte der Bundesrepublik nicht schon genug Vertreibungen auf, wer erinnert sich im Ruhrgebiet, in Dortmund nicht an die Flächenabrisse von Arbeiterkolonien. Immer wurden sie von den Herrschenden als ökonomische Notwendigkeit hingestellt, die letztlich auch für die aus ihren Quartieren Vertriebenen selbst richtig sei ...



Die Herrschenden hatten ihr Sprachrohr hier in der Regel in den Sozialdemokraten, für die stets alles schöner, größer und moderner werden sollte, da hatten die Kumpels in ihren Hütten keinen Platz mehr, da wuchsen die "Hannibals" in den Himmel. Heute vertreiben die Sozialdemokraten gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern im Bund - und denen vor Ort - auf neue Art weiter und versprechen immer noch alles schöner, größer und moderner zu machen. Wenn nur die Armen erst mal weg sind und das Elend nicht mehr zu sehen ist.

Das neue Programm der Umsetzung von Menschen in Not in preislich ihnen angemessenere Quartiere ist ein Programm der Ausgrenzung, nichts anderes. Würde es systematisch gemacht, hieße es Aussonderung. Es passt ins Bild, dass Sie gleichzeitig von der Notwendigkeit zur Integration reden – in diesem Sinn arbeiten Sie ja bereits an der Dienstverpflichtung der Ausgegrenzten zu den gesellschaftlich notwendigen Hilfs-, Pflege- und Drecksarbeiten. Dafür müssen die aber nicht nebenan wohnen, ein bisschen Arbeitsweg wird man ihnen ja schon zumuten dürfen.

Davon zu reden, Bedarfsgemeinschaften lägen in Hängebatten, sprich wohnten in Luxus, den es zu beschneiden gälte, steht denen besonders schlecht an, deren Wohnprobleme darin bestehen, ihre zwei, drei Wohnungen in der Stadt, auf dem Land oder im Ausland gleichzeitig bewohnen zu können. Über zu hohe Kosten für höchstens 45 qm Wohnfläche und 15 qm mehr für jedes weitere Mitglied der Bedarfsgemeinschaft diejenigen handeln zu sehen, die sich solche "Größenordnungen" für sich selbst gar nicht vorstellen können, ist schwer erträglich. Wer weiß, dass die Anwendung aller schönen Kriterien und die Umsetzung aller unschönen Maßnahmen nur auf weiter anwachsender Ausforschung, allgegenwärtig werdender Repression und entsprechend auszuformender Bürokratie beruhen kann, dem wird es vollends unerträglich.

Aber die heutige Tagesordnung strahlt ja durchgängig diese soziale Kälte und politische Ignoranz aus, mit und in der Sie hier herrschen. Sie koppeln den kulturellen Luxusplan für das Dortmunder "U" mit der lange überfälligen sozial-ökonomischen Sanierung der Rheinischen Straße und bestellen für das "U" schon mal gleich 7,5 Millionen Euro Startgeld, während Sie der nicht weiter ausgearbeiteten Sanierung des angrenzenden verelendeten Quartiers 700 000 Euro widmen - exakt ein Zehntel der Summe für die ungleich größere Aufgabe.

Soziale Warmherzigkeit findet sich erst im nichtöffentlichen Teil wieder, wenn Sie sich dafür einsetzen, dass der von Aufgaben teillastete Dezernent höher eingruppiert werden wird. Er ist einer der Ihren, und ich füge hinzu einer "der unseren", das macht den Unterschied zur Sozialpolitik gegenüber "den anderen". Es ist nur eine Ironie am Rande, dass es um den Dezernenten geht, der Sozialpolitik in dieser Stadt zu managen hat.

Und nach der "harten Arbeit" im Rat die Sommerparty auf dem Dach des Rathauses – da ist kein Sozialfall dabei, es sei denn als Bedienung, prekär eingestellt oder tage-löhnernd.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" lehne ich den Beschlussvorschlag als unzureichend ab, da er nicht gewährleistet, dass niemand in unserer Stadt deshalb zum Umzug gezwungen wird, weil es ihm oder ihr - mitten in dieser Gesellschaft und von ihr verursacht - schlecht geht.

Ergebnis: Nach zum Teil heftiger Debatte und emotional erregter Reaktionen von SPD/Grünen auf diese Wortmeldung wurde die Beschlussvorlage von SPD/Grünen von ihnen, CDU und FDP beschlossen, von Linkes Bündnis Dortmund u.a. abgelehnt.

## Anfragen und Antworten

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" hatte vier Anfragen gestellt, von denen drei beantwortet wurden, eine (noch) nicht. Dies waren die Themen:

- § Sachstand "3do"
- § Personalentwicklung – Verwaltung 2020
- § Kostenbilanz der Weltmeisterschaft
- § Luxushotel im ehem. Verwaltungsbau Brau & Brunnen

Zum "3do" wollte die Verwaltung nicht antworten (!) und der Rat nichts wissen (!). Die Verwaltung kann die Antwort auf eine Anfrage verweigern, "wenn sie ihr Arbeit macht" - dann muss der Rat entscheiden. Der lehnte ab. Also gab es mit Blick auf die unsichere Entwicklung des "3do" weiterhin keinerlei Information.

*Leider können Fragen und Antworten hier nicht dokumentiert werden - bei Interesse kann dies auf der Internetseite nachgelesen oder ausgedruckt angefordert werden (vgl. erste Seite). Das offizielle Protokoll kann in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

## Sitzung des Rats am 28. September

*Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

## Entwurf des Haushalts 2007

Unter dem Werbe-Motto "Dortmund gewinnt" wurde der Entwurf des Haushalts 2007 mit Reden des Oberbürgermeisters "... meine neue Lieblingsidee: Die Initiative Dortmund-Parks" und der Kämmerin eingebracht, die die Eckdaten des Entwurfs vorstellte "... nur noch 109 Millionen Defizit". Der Tradition folgend, wurde darüber nicht diskutiert. Der Entwurf und die Reden können auf der Internetseite der Stadt unter Stadtverwaltung/Haushalt eingesehen werden. Der Entwurf soll in der Sitzung des Rates am 14. Dezember verabschiedet werden – wieder eine schöne Bescherung für die Bürger und Bürgerinnen!

Neben anderen Themen - Masterplan Integration - Zukunftstandort Phönix-See - Stadtumbau Rheinische Straße / Dortmunder U – Ausgründen einer EDG Logistik Gesellschaft u.a.m. (die hier nicht protokolliert und kommentiert werden) beriet und beschloss der Rat mit den Stimmen der Fraktionen eine

## Änderung der Geschäftsordnung

Damit wurde die Möglichkeit abgeschafft, Aussagen im Rahmen der Beratungen im Rat zu Protokoll zu geben. Das Protokoll soll nur noch den wesentlichen Inhalt der Beratungen, "wenn dies zur Erläuterung der Beschlussfassung erforderlich ist," wiedergeben! Damit ist klargestellt, dass abweichende Auffassungen nicht mehr festgehalten werden müssen - die Opposition kann froh sein, dass abweichendes Abstimmungsverhalten im Protokoll festgehalten wird (wie lange noch?). So wurde ein weiteres Steinchen aus dem Demokratiegebäude Rathaus herausgebrochen – gläsernes Rathaus ist etwas anderes. Umso wichtiger ist es, widersprechende Auffassungen zum Mainstream der Kommunalpolitik anders zu verbreiten.

Der Oberbürgermeister gab endlich Antwort auf die Anfrage von "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ", die bereits zur Sitzung des Rates am 31.08. gestellt worden war:



## Personalentwicklung - Verwaltung 2020

Frage: ... mit Blick auf die Entwicklung eines angekündigten neuen Personalkonzepts für den "Konzern Stadt Dortmund" – Stichwort "Verwaltung 2020" – frage ich:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Überlegungen und Planungen und welcher Zeithorizont gilt für die Entwicklung der Konzeption?
2. Welche zentralen Kennziffern und Planziele werden den Überlegungen und Planungen für eine solche Konzeption zugrunde gelegt?
3. Welche unterschiedliche Dynamik der Personalentwicklung wird für die einzelnen Ämter und die Eigenbetriebe angesetzt?
4. Steht die Aussage des Kämmerers in der Haushaltsberatung 2006 – 2,5 % Kürzungen im Personalsektor ab 2008 – in diesem Kontext und wie sollen diese Kürzungen wo realisiert werden (durch Nichtbesetzung frei werdender Stellen, Lohnkürzungen, Kündigungen, Ausgliederungen, Privatisierungen o.a.)?
5. Ist die Information richtig, dass neuerdings der Eigenbetrieb "Stadtgrün" als auflösbar eingestuft wird? Wenn ja, wie wird dies begründet und welche konkreten Planungen werden in dieser Zielstellung mit Blick auf die Aufgabenerfüllung und die hier beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ~~ausgearbeitet~~?
6. ~~Welcher Rolle~~ spielt in allen konzeptionellen Überlegungen der Einsatz von Menschen in "Arbeitsgelegenheiten"?

Antwort: ... Zu 1.: Das Projekt „Verwaltung 2020“ ist ein Projekt der Verwaltung. Ein wesentlicher Bestandteil des Projektes ist die Ausrichtung der Kernprozesse der Stadtverwaltung auf die Kundenanforderungen –Kundenorientierung-. Damit wird der Wandel der Verwaltung zu einer modernen Dienstleistungsorganisation nach der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement konsequent fortgesetzt. Die Organisation der Verwaltung wird sich künftig an den Prozessen ausrichten, in denen sie die erforderlichen Leistungen erbringt. Insgesamt sollen Effektivität und Effizienz der Prozesse verbessert werden. Der Projektname weist auf die zeitliche Perspektive hin, in der sich die Projektaktivitäten vollziehen werden.

Zu 2: Auch im Rahmen dieses Projektes sind die gesamtstädtischen Zielvorgaben zur Haushaltskonsolidierung zu berücksichtigen. Verbesserungspotentiale werden auf Prozessebene mit den am Prozess beteiligten Fachbereichen entwickelt.

Zu 3: Der Verwaltungsvorstand legt innerhalb des Projektes die Prioritäten fest. Viele Prozesse sind derzeit fachbereichsübergreifend gestaltet. Die Auswirkungen der Geschäftsprozessoptimierung werden sich daher aus dem Beteiligungsgrad der Fachbereiche an den betrachteten Prozessen ergeben.

Zu 4: Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden die finanziellen Auswirkungen von Personalaufwandsreduzierungen in den Rat eingebracht. Jeder Fachbereich ist aufgerufen ein Konzept zur Personalkostenreduzierung zu entwickeln.

Zu 5: In der Klausurtagung des Verwaltungsvorstandes vom 05.04. und 06.04.06 wurde beschlossen, dass der Regiebetrieb Stadtgrün Dortmund organisatorisch untersucht und neu konzipiert werden soll.

Zu 6: Die Stadt ist bemüht, das Angebot an Arbeitsgelegenheiten als Teil der Eingliederungsleistungen gemäß § 16 Abs. 3 des SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - auszuweiten. Dies ist jedoch völlig unabhängig von dem Projekt Verwaltung 2020, da die Einsätze für Arbeitsgelegenheiten nur bewilligungsfähig sind, wenn es sich

um im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten handelt.

Kommentar: Die Antwort hat Zeit verbraucht - aber sie ist nicht kompetent ausgefallen. Oder bewußt oberflächlich, unvollständig, ungenau, unwahr. Alles wird offengehalten, nichts wird gesagt.

Soll man bei solchen Antworten weiter Fragen stellen? Ja:

## Anfragen zur Ratssitzung am 9. November

### Sachstand "3do"

... zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen am 23. August diesen Jahres hatte ich eine Anfrage zum Stand der Bemühungen um das "3do" gestellt. Von der CDU wurde hierzu ein Tagesordnungspunkt angemeldet, der einen mündlichen Bericht anforderte. Lediglich der Betreiber der anvisierten privaten Investition berichtete, ohne die aufgeworfenen Fragen selbst zu behandeln. Der zuständige Dezernent sah sich nicht in der Lage, die Fragen zu beantworten und verkündete, er überlege, ob er sein Haus mit der Beantwortung belasten solle.

Daraufhin wiederholte ich die Anfrage zur Sitzung des Rates am 31. August. Hier verweigerten Sie eine Antwort mit Verweis auf die Geschäftsordnung – Fragen, deren Beantwortung Arbeit macht, muss der Rat beschließen. Der Rat lehnte prompt ab, die Fragen durch die Verwaltung beantworten zu lassen. Es scheint, als interessierte es die Fraktionen nicht mehr, was in, über und um den Hauptbahnhof herum geschehen soll. Dies kann nur daran liegen, dass sie entweder nicht mehr an die Realisierung glauben, oder daran, dass sie denken, die Lawine ist nicht mehr aufzuhalten, nach uns die Sintflut.

Zur Zeit wird der Öffentlichkeit ein zweiter Investor präsentiert, der vom ersten 50% Verantwortung und Renditeerwartung übernehmen will, mit gleichen Rechten und Pflichten oder als Subunternehmer. Rat und Verwaltung als den lokalen Vertretern öffentlicher Belange ist damit nichts abgenommen. Das Projekt ist in seinen städtebaulichen, funktionalen und architektonischen Qualitäten weiterhin ungesichert, erkannte Umsetzungsprobleme sind weiterhin unbeantwortet – im Gegenteil: Alle Vertrags-, Qualitäts- und funktionalen Probleme vertiefen sich mit der Hereinnahme eines weiteren Spekulanten. Ich nehme dies zum Anlass, erneut zu versuchen, Rat und Öffentlichkeit durch Sie und die Verwaltung informieren zu lassen, und frage namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ":

1. Welche Probleme in Vertrags-, Rechts- und Finanzierungsfragen sind für eine evtl. Realisierung noch zu lösen?
2. Welche Inhalte sind derzeit für Konsumsektor und Unterhaltungssektor vorgesehen und qualitativ gesichert?
3. Welche Änderungen haben Bauvolumen, Funktionen und Konstruktionen gegenüber der Planung angenommen, die den Genehmigungen zugrunde lag?
4. Welche Gestaltung hat das Ensemble nach außen und nach innen inzwischen angenommen?
5. Mit welchem Ergebnis wurden die Auflagen des Eisenbahnbundesamtes bearbeitet und wie werden sie befolgt?
6. Machen die Änderungen in der Planung die Erneuerung der bisherigen Verfahren und Genehmigungen erforderlich?
7. Welche Zeitpläne bestehen derzeit für eine evtl. Durchführung und die Anbindung aller Verkehrssysteme?



8. Welche Einschränkungen sind in der Bauzeit für diese Verkehrssysteme einzeln und insgesamt eingeplant?
9. Wie wird gesichert, dass das Baugeschehen im Rahmen der Tarifverträge und sonstiger arbeitsrechtlicher Qualitätsstandards erfolgt?

#### "Südbad" und die Lage in den Hallenbädern

... in der Folge der massiven Ausbau-, Vertrags- und Aufsichtsprobleme und der damit verbundenen Verzögerungen im Südbad haben die übrigen Hallenbäder damit zu kämpfen, die entstandenen Verlagerungen des Bade- und Sportbetriebs über Gebühr lange auffangen zu müssen. Benutzer/innen klagen über massive zeitliche und räumliche Einschränkungen. Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Fertigstellung und welche zeitliche Perspektive hat die Wiederaufnahme des Bade- und Sportbetriebs im Südbad?
2. Welche Einschränkungen haben sich für die verschiedenen Gruppen von Nutzer/innen der übrigen Hallenbäder – womöglich unterschiedlich - ergeben und wie wurden sie gelöst?
3. Welche organisatorischen und Überlastungsprobleme haben sich für die übrigen Hallenbäder - womöglich unterschiedlich - ergeben und wie wurden sie gelöst?
4. Welche finanziellen und sonstigen Hilfen haben die Hallenbäder erhalten?
5. Welche zusätzlichen Kosten haben sich durch die Verzögerung insgesamt ergeben?

#### EDG – "Effizienzsteigerung"

... den Lokalmedien ist zu entnehmen, dass die EDG kostengünstiger arbeiten kann und deshalb die Preise für Müllabfuhr und Straßenreinigung abgesenkt werden können. Dies wird damit erklärt, dass die Beschäftigten nun endlich so lange und für so wenig Geld arbeiten wie ihre Kollegen bei der (privaten) Konkurrenz und dass die EDG logistisch besser geworden ist – unproduktive Fahrwege und -zeiten abkürzt, Stoffströme geschickt lenkt und das Personal dann und dort einsetzt, wo es gerade am dringendsten gebraucht wird (so u.a. WAZ am 20.10.06). Sicher vertreibt die bessere Logistik den Beschäftigten nur die langweiligen Poren im Arbeitsalltag und sicher ist tarifvertraglich alles "ordentlich" vereinbart worden.

In der Stadt kann man täglich sehen, dass die Tätigkeiten der EDG-Beschäftigten durch Ein-Euro-Jobber/innen unterstützt werden, die per Hand Bürgersteige, Straßenränder und Platzanlagen von Müll befreien. Man kann es Vorreinigung nennen. Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Wie hat sich für EDG und die Töchter Welge GmbH, DOGA/DOREG und DOMIG der Personalbestand im Verlauf der letzten fünf Jahre bis heute entwickelt?
2. Wieviele Beschäftigte werden jeweils nach TvöD, nach BDE oder nach anderen Tarifen bezahlt?
3. Wie viele Ein-Euro-Jobber/innen sind bei der EDG und ihren Töchtern tätig?
4. Wie sind Geschlechts- und Altersstruktur und welche Qualifikationen erwerben sie in der AGH?
5. Wie sehen ihre Arbeits- und Einsatzpläne aus und welche Tätigkeiten führen sie aus?
6. In welchem Verhältnis stehen ihre Tätigkeiten zu denen der Beschäftigten der EDG?
7. Auf welche Weise sind die Ein-Euro-Jobber/innen sozial in den Betrieb EDG eingebunden?
8. In welchem Maß trägt der Einsatz von Ein-Euro-Jobber/innen zur "Effizienzsteigerung" der EDG bei?

#### Sachstand "FZW"

... gegen meinen Ratschlag und gegen meine Stimme hatte der Rat am 30. März diesen Jahres beschlossen, das Freizeit Zentrum West (FZW) aus der kommunalen Verantwortung in die der AWO zu geben. Damit waren massive Planungs- und in der Folge Bauleistungen zu erbringen, materielle und personelle Veränderungen zu organisieren, das Auslagern des Veranstaltungsbereichs und der Neu- oder Umbau für die verbleibenden Nutzungen zu bewerkstelligen, Vertragsgrundlagen zwischen den Beteiligten und den zu Beteiligten zu schaffen usw.

"Draußen" ist keine Bewegung in der Sache erkennbar. Ich frage namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ":

1. Wird das Projekt einer Auslagerung des FZW aus dem Jugendamt in die AWO weiter verfolgt?
2. Wie ist die aktuelle Vertragssituation zwischen Kommune und AWO für dieses Projekt?
3. Wie ist der Planungsstand mit Blick auf die bisherigen und die geplanten Nutzungen?
4. Wie werden Leitung und Beschäftigte des FZW in Planungen und Entscheidungen einbezogen?
5. Wie wird die jeweilige Vertragssituation der Beschäftigten behandelt?

#### Einladung:

Linkes Bündnis Dortmund im Rat

Prof. Wolfgang Richter berichtet über die Arbeit im Rat und beantwortet Fragen

Dienstag, den 21. November um 19.00 Uhr  
im Rathaus Saal Tremonia

#### Leserbrief:

*Die Lokalzeitungen haben über Klagen aus den städtischen Jugendhilfediensten, vertreten von ver.di, berichtet, dass die Arbeit in Quantität und erforderlicher Qualität nicht mehr leistbar sei.*

- Zu "Beschäftigte wollen sich absichern" (RN, 21.10.)  
Zu "Im schlimmsten Fall stirbt ein Kind" (WR, 24.10.)  
Zu "Angst vor zweitem Fall Kevin" (WAZ, 25.10.)

Die Hilferufe wiederholen sich. Erst vor kurzem stellte der Personalrat der Stadt fest, an welchen physischen und psychischen Grenzen die Beschäftigten in der ARGE zu arbeiten haben. Jetzt melden die Beschäftigten des Jugendhilfedienstes den Notstand und ihre permanente Überforderung.

Die Orte sind nicht zufällig. Die "Kunden" sind hier arm, arbeitslos, aussichtslos, viele sind krank und ohne Hoffnung - ausgegrenzt. Die neoliberale Stadt organisiert dieses Elend nur noch, ohne den Menschen eine ernsthafte Perspektive zu bieten. In ihren Augen lohnt sich der Einsatz von öffentlichen Mitteln hier nicht, weder in der ARGE, noch im Jugendhilfedienst und anderswo.

Die Mittel werden woanders gebraucht - welcher Kapitalist macht hier noch etwas ohne Anschlag mit öffentlichen Mitteln - für Bauten und Grundstücke, für Sonderkonditionen und -dienstleistungen, für Kombilöhne und Ein-Euro-Jobs als Lohndruck? Das sind die "Kunden" der neoliberalen Stadt.

Ahnen die Neoliberalen, wie sehr sie am Ende sind? Ihre Sozialpolitik erinnert an verbrannte Erde.

Gez. Wolfgang Richter

Unsere Argumente zur Unterstützung der Protestaktionen der Gewerkschaften gegen Sozialabbau  
Unser Flugblatt für die Demonstration des DGB am 21. Oktober 2006 in Dortmund:



## Widerstand gegen Sozialabbau, Arbeitsplatz- und Standortvernichtung! Heißer Herbst für eine soziale Politik!

Mehr als zwei Jahre nach den europäischen Aktionstagen 2004 rufen DGB und die Einzelgewerkschaften zum Widerstand gegen die Abzocke von Kabinett und Kapital bei den kleinen Leuten auf.

Bruchlos führt die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD die sozialreaktionäre Politik ihrer Vorgängerregierungen fort. Konzerne, Spitzenverdiener und Aktionäre sollen hiervon profitieren. Den Arbeitslosen, Angestellten, Arbeitern und Rentnern soll das Geld aus der Tasche genommen und den Superreichen zugeschustert werden.

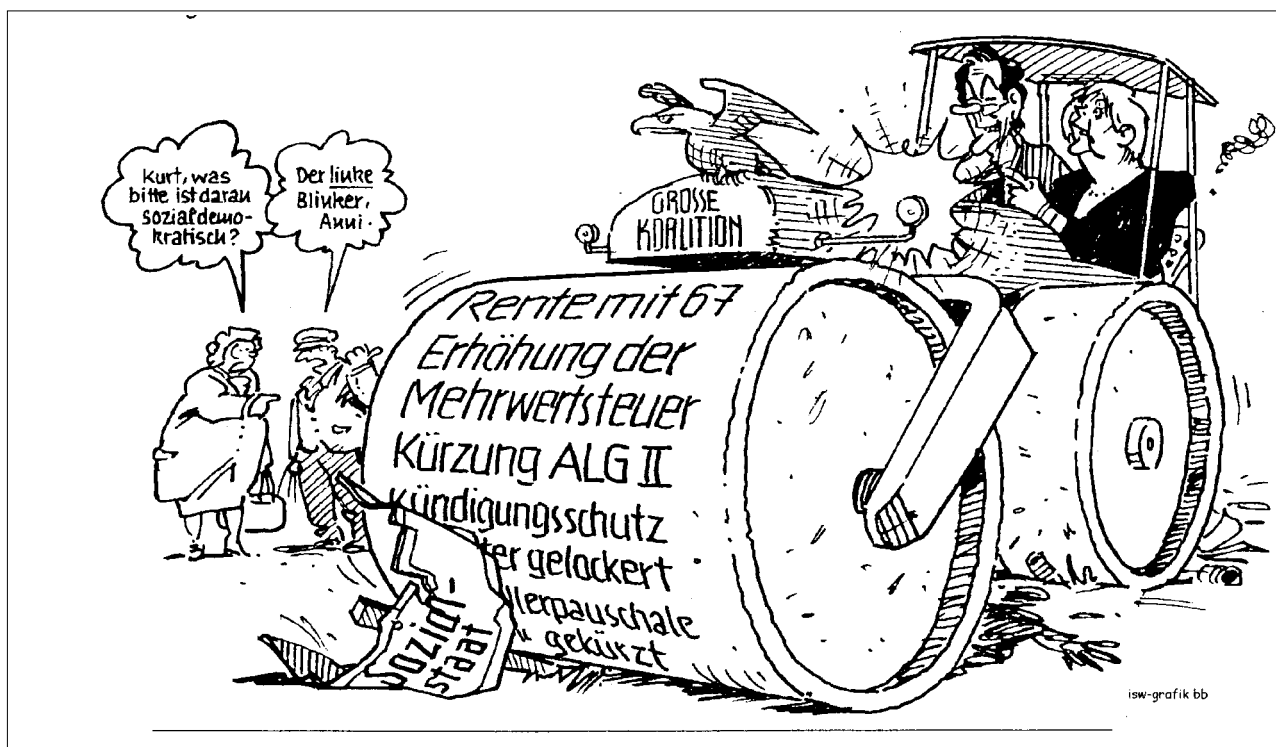
Ermuntert durch die Große Koalition halten die Bosse die Zeit für günstig, um ihre Gier nach höheren Profiten uneingeschränkt durchzusetzen. Den Ausfall der Löhne als Kaufkraft auf dem Binnenmarkt gleichen sie durch gesteigerte Exporte und verbesserte Profitbedingungen wieder aus. Die Politik der so genannten „Sozialpartnerschaft“ entspricht nicht mehr den Erfordernissen des gegenwärtigen Kapitalismus. Das Kapital hat sich verabschiedet von dem Bemühen, die Arbeitenden in das System zu integrieren durch den Erhalt des „sozialen Friedens“, durch Steigerung der Reallöhne und Entwicklung der Kaufkraft und

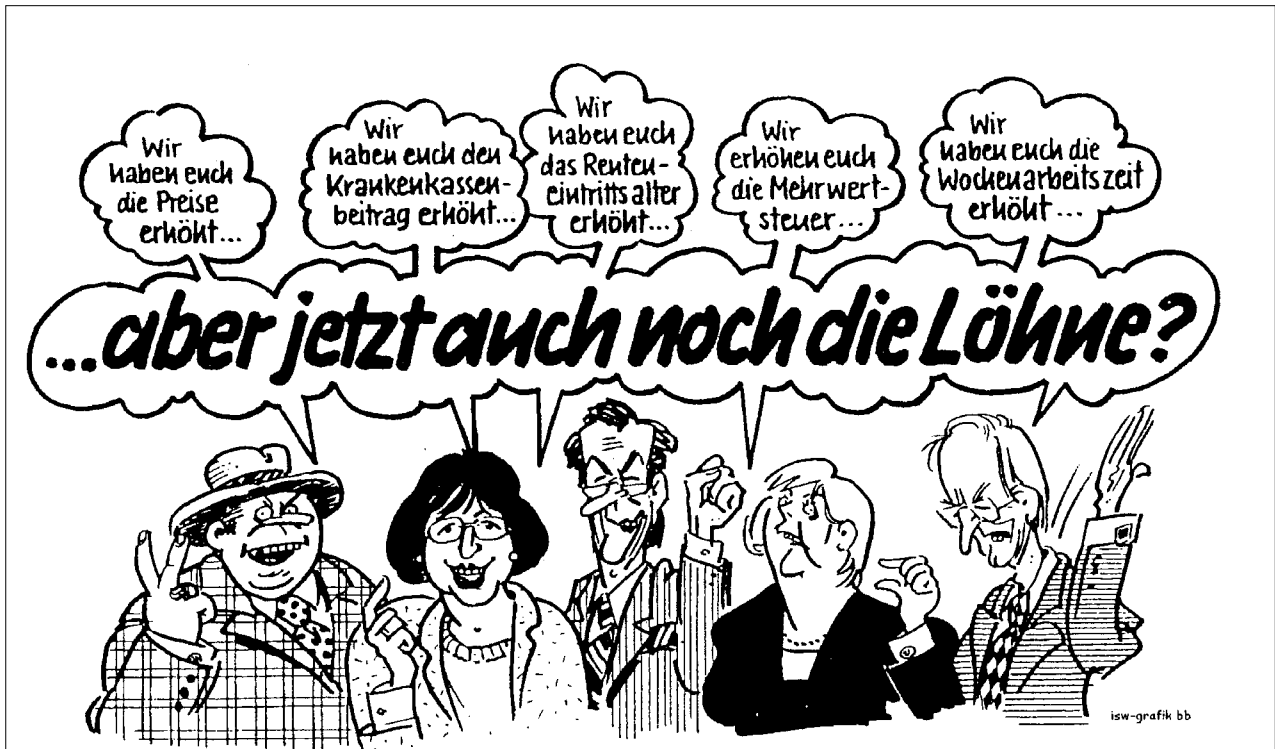
die Einbindung der Gewerkschaften. An die Stelle der Sozialpartnerschaft sind soziale Polarisierung und Konfrontation getreten.

In diesem heißen Herbst (und natürlich auch danach) muss der Generalangriff der Großen Koalition und ihrer Verbündeten in den Konzernspitzen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen werden. Dazu muss ein breites Bündnis geschmiedet werden: Nicht nur Gewerkschaftsmitglieder und aktiv Beschäftigte, sondern auch Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studenten und die Mitglieder aller demokratischen Organisationen und der sozialen Bewegungen müssen dem Kabinett und den Herrschenden klar machen, dass sie die Schnauze voll haben von Sozialabbau, Demokratieabbau und Umverteilung von unten nach oben.

Die sozialreaktionären Veränderungen im Gesundheits-, Steuer- und Abgabensystem müssen verhindert und weitere Verschlechterungen für Erwerbslose, Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und weiterer Arbeitsplatzabbau und Standortvernichtung müssen bekämpft werden.

888





Der 21.10. darf nicht das Ende, sondern muss der Auftakt zu einer weiterführenden Mobilisierung für einen Politikwechsel werden. Dazu gehören:

- § Weg mit Hartz IV! Rücknahme aller Regelungen, mit denen soziale und demokratische Rechte abgebaut und die sozialen Risiken privatisiert worden sind. Die sozialen Sicherungssysteme sind so auszubauen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.
- § Rücknahme aller Maßnahmen, mit denen die Unternehmen und die Reichen steuerlich entlastet worden sind. Durchsetzung einer Steuerreform, die die Konzerne, Banken und Superreichen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzieht.
- § Gesetzliches Verbot von Entlassungen, Betriebsschließungen und Betriebsverlagerungen, die zum Zwecke der Profitmaximierung vorgenommen werden. Wirksame Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften über Investitionen und Standortentscheidungen.
- § Drastische Verkürzung der Arbeitszeit beim vollem Lohn- und Personalausgleich und somit auf Kosten der Unternehmergewinne. Senkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters.
- § Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zum Schutz vor Armutslöhnen und Lohndumping. Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!
- § Keine neuen Rüstungsprojekte. Senkung der Rüstungsausgaben und Verwendung der frei werdenden Mittel für soziale Zwecke und zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Sollen die Konterreformen zugunsten der Reichen und des Kapitals tatsächlich verhindert und der Weg für eine soziale Politik bereitet werden, dann darf nicht nur Dampf abgelassen werden nach dem Motto: Wasch mir meinen sozial- oder christdemokratischen Pelz, aber mach mich nicht nass!

Dann muss der heiße Herbst der Beginn einer harten und langen Auseinandersetzung mit den Bossen und ihren Handlangern in den Kabinetten werden, die auch in die Betriebe und Verwaltungen hineingetragen wird. Lasst uns französisch mit ihnen reden!

V.i.S.d.P.: Udo Stunz für Linkes Bündnis Dortmund

#### Dank und Bitte zugleich

Großer Dank gebührt allen, die dem "Linken Bündnis Dortmund" Spenden überwiesen haben – sie ermöglichen uns, wenigstens in kleinem Maß über unsere Arbeit zu informieren, eine Homepage zu betreiben, Flugblätter zu vervielfältigen und Transparente anzufertigen.

Unser vorläufig letztes Transparent entstand zur Demonstration am 21. Oktober in Dortmund: "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ: Arbeit für Alle! Mehr Zeit zum Leben! 30-Stunden-Woche!"

Wir bitten nicht nachzulassen, sondern nach Möglichkeit noch eins drauf zu legen! Unser Spendenkonto ist im Kopf der Titelseite zu finden. Spenden für Wählergemeinschaften sind steuerlich absetzbar.

#### Einladung

##### Dortmunder Antifa-Gespräche 2006

13. November: Rechte Gewalt und Kriminalstatistik mit Falko Schumann, ABAPIZ Berlin

11. Dezember: Antikapitalismus von Rechts? mit Klaus Wagener, Marxistische Blätter Essen

Beide Veranstaltungen um 19.00 Uhr im Wichernhaus, Nordstadt, Stollenstraße 36, Nähe Nordmarkt

Veranstaltet von UMBRUCH Bildungswerk Dortmund in Kooperation mit Bündnis Dortmund gegen Rechts